

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 15.05.2018

Tagungsort: Pflegezentrum am Lohmannshof,
Tempelhofer Weg 11, 33619 Bielefeld

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 19:35 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher

Frau Gorsler

Frau Mönkemöller

Herr Pieplau

Frau Weißenfeld

stellv. Vorsitzende

(bis 19.30 Uhr)

CDU

Herr Copertino

Herr Hüsemann

Frau Jansen

Herr Jung

Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller

Herr Hood

Frau Mann

Vorsitzender

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

(ab 17.15 Uhr)

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Stellv. stimmberechtigtes Mitglied

Frau Schellong

CDU-Fraktion

Beratende Mitglieder

Herr Buschmann

Frau Huber

Herr Klein

FDP-Gruppe

Seniorenrat

Psychiatriebeirat

(ab 17.20 Uhr)

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Dr. Delius

Frau Krutwage

Frau Schulz
Herr Kühn
Frau Bueren

Frau Gäbel

Herr Linnenbürger

Gäste:

Frau Hopster
Herr Dr. Weller
Herr Blanke

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
Dezernat 3
Gesundheits-, Veterinär- und Lebens-
mittelüberwachungsamt
Büro für Integrierte Sozialplanung und
Prävention
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Amt für Verkehr
Büro für Integrierte Sozialplanung und
Prävention
Büro für Integrierte Sozialplanung und
Prävention
Stab Dezernat 5

AGW
Initiative der Bielefelder Hausärzte
von Bodelschwingsche Stiftungen
Bethel, Pflegezentrum Lohmannshof

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Blanke und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie eine SGA-Sitzung in den Räumlichkeiten des Pflegezentrums Lohmannshof ermöglicht haben.

Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 33. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.04.2018**

- abgesetzt -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Wohnungsmarktbarometer 2018**

Der Ausschuss nimmt das Wohnungsmarktbarometer 2018 zur Kenntnis.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Übergriffe auf Ärzte, Sanitäter und Pflegepersonal (Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.05.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6661/2014-2020

Beigeordnete Frau Ritschel erläutert kurz die als Tischvorlage ausliegende Antwort (**Anlage 1**).

Herr Weber verweist auf die Berichterstattungen in den Medien und Berichten von Pflegenden und Mitarbeiterinnen aus Arztpraxen, wonach solche Übergriffe häufig vorkommen. Diese Entwicklungen sollten im Blick behalten werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 Zusatzfrage zur Anfrage 6661/2014-2020 der CDU-Fraktion "Übergriffe auf Ärzte, Sanitäter und Pflegepersonal" (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 08.05.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6674/2014-2020

Die Beantwortung erfolgt unter TOP 3.1 der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Vorstellung der Ergebnisse des Bürgersurvey "Generation 55 plus - Aktives Altern" (Beschluss des Seniorenrates vom 18.04.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6535/2014-2020

Frau Huber begründet den Antrag des Seniorenrates dahingehend, dass durch die Vorstellung der Ergebnisse des Bürgersurvey eine thematische Auseinandersetzung und so ein politischer Dialog auf Stadt- und Bezirksebene über die Erwartungen und Bedarfe der älteren Bevölkerung erzielt werden solle. Nur so könne mit der Überarbeitung des Seniorenkonzeptes spätestens 2019 begonnen werden.

Eine Nachfrage von Herrn Gugat wird von Frau Huber beantwortet.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah dem SGA die Ergebnisse des Bürgersurvey „Generation 55 plus – Aktives Altern“ vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5 Sozialticket -Preisgestaltung ab 01.08.2018-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6571/2014-2020

Herr Kühn stellt die Rolle der Stadt Bielefeld beim Sozialticket und bei der ÖPNV-Entwicklung dar. Eine Erhöhung der Sozialticketpreise sei darin begründet, dass Landeszuschüsse reduziert würden und es zum 01.08.2018 eine allgemeine Erhöhung des Westfalen-Tarifes gebe. Die sich daraus ergebende Erhöhung der Ticketpreise werde in den Anlagen

2 und 3 dargestellt. Sollten die Erhöhungen nicht wie vorgeschlagen beschlossen werden, ergebe sich im Dezember 2018 ein Defizit von 165.000 €.

Frau Mann beantragt eine 1. Lesung der Vorlage, da die vollständigen Beratungsunterlagen erst verspätet im Ratsinformationssystem einsehbar und somit die Auseinandersetzung mit den dargestellten Berechnungen nicht ausreichend möglich waren.

Herr Weber, Frau Bußmann und Herr Brücher schließen sich dem Antrag an.

Fragen von Herrn Brücher und Herrn Holler-Göller werden von Herrn Kühn beantwortet.

Frau Bußmann fordert dazu auf, eine Preisreduzierung vorzunehmen und so das Ticket für Neukunden attraktiv zu machen. Eine Preiserhöhung sei schwer vermittelbar, da die Leistungen der Grundsicherung und die SGB II-Leistungen nicht im entsprechenden prozentualen Verhältnis ansteigen würden. Sie fordert die Stadt Bielefeld auf, sich an der Finanzierung des Sozialtickets zu beteiligen, so dass der Preis konstant bleiben könne.

Herr Gugat macht deutlich, dass die Preiskalkulation des Westfalen-Tarif des Sache des moBiel-Aufsichtsrates sei und dieser nicht im Einflussbereich des SGA liege.

Vorsitzenden Herr Hood stellt den Antrag von Frau Mann zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Beschlussvorlage, Drucks.-Nr. 6571/2014-2020, wird nur in 1. Lesung behandelt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

*Zunächst erfolgt die Berichterstattung zu TOP 8.
 (s. Protokollierung unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt im
 späteren Teil der Niederschrift)*

Zu Punkt 6

Hausärztliche Versorgung

Beigeordnete Frau Ritschel weist darauf hin, dass Herr Dr. Weller den Bericht aus der Kommunalen Gesundheitskonferenz vorstelle. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf einen beauftragenden Beschluss des Rates; demgemäß sich die Verwaltung mit der Kinder- und Hausärztlichen Versorgung beschäftigen solle. Hierfür werde eng mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) zusammen gearbeitet, die den Sicherstellungsauftrag innehat, sowie weiteren Akteuren des Gesundheitssystems.

Herr Dr. Weller erläutert die Bestrebungen der Bielefelder Hausärzte, durch Netzwerke und andere Aktivitäten (z. B. das Case Management), eine Versorgungsverbesserung zu erreichen (**Anlage 2**). Am Beispiel des Case Managements macht er deutlich, wie durch hochqualifizierte nicht-ärztliche Fachkräfte die Hausärzte entlastet werden können. Diese Fachkräfte seien z. B. Palliativ- oder Pflegeheimkoordinatoren und Koordinatoren des ambulanten geriatrischen Netzes. Über das gemeinsame Informationssystem „Palliativ Care“ sei es den Ärzten und Koordinatoren im Bedarfsfall möglich, den Krankheitsverlauf bei einem Patienten einzusehen, so dass eine sofortige Versorgung möglich sei.

Auf der Grundlage dieses Case Managements sei ab 01.01.2018 das „Ambulante geriatrische Netzwerk Bielefeld“ gestartet.

Für eine dauerhafte Fortführung des Case Managements sei allerdings eine ausreichende Finanzierung unter Beteiligung möglichst aller Krankenkassen notwendig.

Abschließend appelliert er an die Mitglieder, darauf hinzuwirken, dass durch die Defizite im Gesundheitswesen, neue Ansätze nicht zu Geschäftsmodellen für Wenige werden dürfen.

Vorsitzender Herr Hood bedankt sich für das deutliche Bild von den positiven Entwicklungen in der ärztlichen Versorgung in Bielefeld, ohne dabei den Blick für die Probleme zu verlieren.

Die Mitglieder bedanken sich für die hervorragende Netzwerkarbeit.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich Herr Weber, Frau Mann, Herr Gugat, Frau Gorsler und Herr Dr. Weller beteiligen, wird deutlich, dass

- die betroffenen Stadtteile ermittelt werden müssen.
- vor dem Bau von Ärztehäusern und Schaffung anderer Rahmenbedingungen, die entsprechenden Ärzte dafür gewonnen werden müssen.
- für den Mangel an Kinderärzten auch der Abbau von Studienplätzen und Änderungen im Arbeitsschutzgesetz (in Kliniken werden mehr Ärzte benötigt) ursächlich sind.
- der Mangel offenbar innovative Arbeitsstrukturen entwickeln lässt.
- der Beruf des Hausarztes inhaltlich attraktiver gestaltet werden muss.
- der Ärztemangel ein vielschichtiges Problem ist.

Herr Blanke teilt mit, dass die Pflegeeinrichtungen sehr vom Netzwerk der Hausärzte profitierten. Die ärztliche Versorgung in den Pflegeheimen konnte stark verbessert und Klinikeinweisungen dadurch reduziert werden.

Vorsitzender Herr Hood bedankt sich bei Herrn Dr. Weller für seine Berichterstattung.

-.-.-

Zu Punkt 7

Vorstellung des Pflegezentrums Lohmannshof und des Projektes "Pflege stationär weiterdenken"

Herr Blanke stellt das Pflegezentrum Lohmannshof und den Träger der Einrichtung vor. Darüber hinaus informiert er über das Projekt „Pflege stationär weiterdenken“, das im Pflegezentrum umgesetzt wird (**Anlage 3**). Ziel des Projektes sei es, aus den klassischen Altenheimen Pflege- und Gesundheitszentren zu entwickeln. Voraussetzung hierfür sei ein starker Quartiersbezug. Wichtig sei, dass Angebote generiert würden, die auch über das Projektende hinaus bestehen.

Mit der integrierten Tagespflege solle versucht werden, die aus der Häuslichkeit kommenden Bewohner aus dem Quartier am Tagesgeschehen in der Einrichtung teilnehmen zu lassen. Für eine Refinanzierung der Tagespflege sei eine 86 %-ige Auslastung notwendig. Das Pflegezentrum Lohmannshof habe bereits jetzt eine Auslastung von 80 %, obwohl dieses niedrighschwellige Angebot erst seit September 2017 angeboten werde. Bei der klassischen Tagespflege geht man von 5 Jahre für die notwendige Auslastung aus.

Bei einer Betreuung im Rahmen der integrierten Tagespflege, sei der Übergang in eine evtl. nicht vermeidbare stationäre Betreuung nicht mehr eine so große Barriere.

Auf Fragen von Frau Hopster, Herrn Weber, Herrn Brücher, Herrn Klein, Frau Bußmann, Frau Weißenfeld, Frau Gorsler, Herrn Holler-Göller und Frau Huber führt Herr Blanke u. a. aus, dass Kooperationspartner für die integrierte Tagespflege im Quartier angesiedelt seien. Eine Aufnahme in die Tagespflege ist für alle möglich, die einen Pflegegrad haben, Unterstützung von der Pflegekasse gebe es allerdings erst ab Pfleggrad 2. Im Durchschnitt hätten die Tagesgäste Pflegegrad 3. Für die Betreuung von psychisch Erkrankten sei die Tagespflege nicht geeignet, da der sehr hohe Begleitungsbedarf nicht leistbar sei. Dies werde bereits bei zu begleitenden demenzerkrankten Patienten deutlich. Sie hätten eher einen stationären Bedarf. Eine Unterbringung von Pflegebedürftigen unter 50 Jahren sei nicht möglich, da das Pflegezentrum eine Einrichtung nach SGB XI sei und unter 50 Jährige Hilfe zur Pflege nach SGB V erhalten.

Vorsitzender Herr Hood bewertet den Bericht als guten Überblick über das neue Angebot, in dem der Quartiersgedanke gut transportiert werde. Trotz aller innovativer Angebote werden pflegende Fachkräfte dringend gesucht. Er drückt noch einmal den Dank des Ausschusses gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtung aus.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8**Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2018 bis 2020**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6583/2014-2020

Frau Gäbel erläutert die wesentlichen Punkte der Beschlussvorlage **(Anlage 4)**.

Herr Weber bedankt sich für die Berichterstattung. Er sehe das Konzept „ambulant vor stationär“ als sehr erfolgreich umgesetzt. In Teilbereichen sei es schwierig; insgesamt aber sehr gut. Wichtig hierbei sei nicht nur starr die Zielerreichung bis 2020 im Blick zu behalten, sondern auch kurzfristig in der Lage zu sein, auf Veränderungen reagieren zu können. Er fordert eine konstante Berichterstattung über die Entwicklung der Bedarfe, so dass auch kommunalpolitisch durch Beschlüsse nachgesteuert werden könne. Er bittet die Verwaltung, zum Ende des Jahres über Details in der Entwicklung der Tages- und Kurzzeitpflege zu berichten.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass eine kontinuierliche Berichterstattung zur verbindlichen Pflegebedarfsplanung derzeit noch erfolge. Es gebe allerdings Bestrebungen der Landesregierung, die verbindliche Bedarfsplanung einzustellen, da sie nicht marktkonform sei. Die Kommunen halten sie für ein gutes Steuerungsinstrument, um Bedarfe erkennen zu könne. Ein Austausch von Verwaltung, Seniorenrat und AGW sei bereits terminiert und er erwarte daraus Erkenntnisse für eine weitere Diskussion im Ausschuss.

Auf Nachfrage von Herrn Holler-Göller führt Frau Gäbel aus, dass die Auswirkung von mehr Pflegepersonal auf die Bedarfszahlen, nicht beurteilt werden können. Die Bedarfsplanung werde nur auf der Grundlage von statistischen Werten ermittelt. In der vorliegenden Planung konnten nur Zahlen aus der Pflegestatistik 2015 zugrunde gelegt werden.

Aufgrund der massiven Unterversorgung im Stadtbezirk Dornberg bei den Tagespflegestationen, fordert Frau Huber zur Nachsteuerung auf. Weiterhin sei für sie nur schwer nachvollziehbar, dass es keinen Bedarf an Nachtpflegeplätzen geben soll; dieser Umstand wird von Frau Krutwage allerdings bestätigt. Von Seiten des Integrationsrates werde bemängelt, dass keine muttersprachlichen ambulanten Pflegeplätze vorgehalten würden. Ein großer Bedarf bestehe ebenfalls bei der ambulanten Pflege durch Pflegedienste, der derzeit nicht gedeckt werde. Sie fordert dazu auf, sich mit diesem Thema gesondert auseinander zu setzen.

Vorsitzender Herr Hood unterstützt Frau Huber in der Forderung nach Berichten über die Entwicklung bei den Angeboten der ambulanten Pflegedienste. Bei 75% häuslicher Pflege durch Angehörige, sei dies ein wichtiger Bereich, der gestärkt und unterstützt werden müsse.

Frau Gorsler schließt sich den vorherigen Äußerungen an und bekräftigt, dass sich die Gesellschaft verändere und dadurch neue Konzeptionen erforderlich würden. Dies müsse auch im Ausschuss kontinuierlich beraten werden.

Herr Gugat erfragt die Entwicklung der Altenpflege für den Personenkreis der LSBTTI.

Frau Krutwage führt aus, dass es im Stadtbezirk Baumheide bereits eine ambulante Tagespflege für Menschen mit osteuropäischen Hintergrund gebe. Ein großes Problem sei in diesem Zusammenhang auch die Wirtschaftlichkeit solcher speziellen Tagespflegen. Menschen verstehen sich nicht automatisch gut miteinander, nur weil sie denselben kulturellen Hintergrund haben. Unabhängig davon seien alle Tagespflegen auch für Menschen mit Migrationshintergrund offen und in vielen Einrichtungen würde bereits auch Personal mit Zuwanderungsgeschichte beschäftigt. Sie versichert, dass die dynamische Entwicklung im ambulanten Pflegebedarf aufmerksam beobachtet und die Angebote hinterfragt würden. Im Rahmen der Zielplanung 2018 seien Gespräche mit Vertretern der besonderen Zielgruppe der LSBTTI vorgesehen. Hierbei sollen Bedarfe und notwendige Ausgestaltungen ermittelt und Konzepte entwickelt werden. Im zweiten Schritt würde dann versucht, entsprechende Angebote aufzustellen.

Vorsitzender Herr Hood fordert die Mitglieder zur Abstimmung auf.

Beschluss:

1. **Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2018 - 2020 kein Bedarf an zusätzlichen stationären Pflegeplätzen besteht. Der Bedarf wird durch entsprechende Angebote in ambulanten und kleinteiligen Wohn- und Pflegearrangements gedeckt. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Angebotsformen zur Sicherung einer umfassenden Pflege zu unterstützen.**
2. **Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2018-2020 im Bereich der Tagespflege von einer gesicherten Versorgung auszugehen ist. Da keine eindeutigen Bedarfsparameter vorliegen, wird keine Begrenzung bei der Bedarfsfeststellung für zusätzliche Tagespflegeplätze vorgenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, Träger von Tagespflegeangeboten bei der Umsetzung wohnortnaher Einrichtungen zu unterstützen. Eine gleichmäßige sozialräumliche Verteilung der Angebote ist dabei zu verfolgen.**
3. **Dem Bedarfsplan zur stationären und teilstationären Versorgung 2018-2020 wird zugestimmt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Im Anschluss an den Beschluss bittet Vorsitzender Herr Hood die Verwaltung, den Ausschuss über die Gesprächsergebnisse mit dem Seniorenrat und der AGW zu informieren. Beigeordneter Herr Nürnberger sagt dies zu.

-.-.-

Zu Punkt 9

Projekt: "Plakataktion Demenz"

Frau Bueren stellt die Kampagne zur Vorsorge für die Zeit einer Demenzerkrankung vor (**Anlage 5**).

Die Ausschussmitglieder begrüßen die Kampagne und nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Zu Punkt 10 Integration von Flüchtlingen in Bielefeld

Zu Punkt 10.1 Ist-Aufwendungen und Ist-Erträge der Flüchtlingsversorgung der Jahre 2016 und 2017

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6622/2014-2020

Herr Weber bedankt sich für die Erstellung der Informationsvorlage, die zur Transparenz der Kosten für die Flüchtlingsversorgung beitrage. Unabhängig davon würden sich weitere Fragen ergeben. Er hätte sich konkretere Ausführungen gewünscht und hoffe, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen eine konkretere Darstellung erfolge.

Fragen von Herrn Holler-Göller werden von Frau Schulz beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Frau Schulz gibt einen Ausblick auf die Themen der nächsten SGA-Sitzung im Juni.

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Hood
(Vorsitzender)

Krumme
(Schriftführerin)